

«Wir wollen, dass der Lohnanstieg im Gesetz verankert ist»

Büchel, 16.2.2012, S. 25

Kantonsangestellte sollen verbindlich mit Lohnanstiegen rechnen dürfen. Der Lohnrückstand dürfe nicht weiter anwachsen, fordern die Personalverbände.

Dölf Barben

3,6 Milliarden Franken habe der Kanton Bern zwischen 1997 und 2009 auf dem Buckel des Personals eingespart. Dies habe dazu geführt, dass die Konkurrenzfähigkeit des Kantons als Arbeitgeber in gewissen Bereichen nicht mehr gewährleistet sei. Vor diesem Hintergrund präsentierten die Personalverbände der Angestellten des Kantons Bern gestern ihre Forderungen für das Jahr 2013.

Statt die alten Fehler zu korrigieren, hätten Regierungsrat und Grosser Rat im Budget 2012 erneut beim Personal gespart - insgesamt 87 Millionen Franken, sagte Blaise Kropf, VPOD-Gewerkschaftssekretär und Grossrat der Grünen. Damit aber der Kanton seine Aufgaben weiterhin in guter Qualität erledigen

könne, sei es unabdingbar, die Probleme «nicht noch zu verschlimmern, sondern zu korrigieren», sagte er.

Abstimmungen sind entscheidend
Angesichts der aus finanzpolitischer Sicht «ausgesprochen schwierigen Lage» sei eine Verbesserung der Lohnsituation jedoch wenig realistisch, sagte Kropf. Deshalb sei es zentral, dass im laufenden Jahr die beiden finanzpolitischen Weichenstellungen «richtig vorgenommen werden». Es geht, erstens, um die Abstimmung zu den Motorfahrzeugsteuern, die wiederholt werden muss. Würde diesmal der Volksvorschlag abgelehnt, blieben jährlich rund 100 zusätzliche Millionen in der Staatskasse. Die zweite Weichenstellung betrifft die Initiative «Faire Steuern - Für Familien»: Diese will die Steuersenkung aus dem Jahr 2010 rückgängig machen und würde die Staatskasse um ebenfalls rund 100 Millionen entlasten. «Die dringenden personalpolitischen Pendenzen könnten erledigt werden», sagte Kropf.

Grosse Bedeutung messen die Personalverbände ihrer im letzten November

eingereichten Initiative «Faire Löhne für gute Arbeit» bei. Mit dieser Initiative würden jährlich zwingend 1,5 Prozent für den Lohnanstieg festgeschrieben. «Wir wollen, dass der Lohnanstieg im Gesetz verankert ist», sagte Matthias Burkhalter, Geschäftsführer des Staatspersonalverbands und Grossrat der SP. Der Grund ist simpel: «Dann kann der Grosse Rat den Lohnanstieg bei der Budgetierung nicht mehr hinauskippen.» Nur so lasse sich eine angemessene und verlässliche Lohnentwicklung für das Personal sicherstellen.

Lehrerdemo am 29. März

Von einer «verfehlten kantonalen Sparpolitik» sprach Regula A. Bircher, Geschäftsführerin von Lebe, dem Verband der Lehrerinnen und Lehrer. Das vom Regierungsrat letztes Jahr geschnürte Entlastungspaket entpuppte sich für die Schule als Belastungspaket. Zwar sei die Rede gewesen von «nur 100 betroffenen Vollzeitstellen». Weil aber viele Lehrerinnen Teilzeit arbeiteten, seien in Tat und Wahrheit viel mehr betroffen. Lebe fordert laut Bircher nicht nur die Rück-

nahme der Sparmassnahmen auf allen Bildungsstufen, der Verband fordert Geld für «seit Jahren fällige Investitionen» in die Bildung. Am 29. März wollen mehrere Hundert Lehrerinnen und Lehrer «als Warnung» einen Kreis um die Erziehungsdirektion bilden. Bircher sprach vom «Kreis der Betroffenen», der aber auch als Schutzwall um die Erziehungsdirektion betrachtet werden könne.

«Es droht eine Abwanderung»

Rosmarie Glauser sandte ebenfalls Alarmsignale aus. Die Geschäftsführerin des Verbandes der Assistenz- und Oberärzte sprach gestern auch namens des Pflegepersonals: Im bernischen Gesundheitswesen seien die Löhne zu tief. Dazu komme ständig wachsender Druck. Das wirke sich negativ auf die Arbeitszufriedenheit und das Ansehen der Gesundheitsberufe aus, sagte sie. «Es droht eine Abwanderung» in Kantone, die höhere Löhne bezahlten - oder in andere Berufe. Politik und Bevölkerung müssten diese Probleme ernst nehmen. Sonst komme es zu Qualitätseinbussen - «mit verheerenden Folgen».

Bei den Pensionskassen klappt ein Drei-Milliarden-Loch

37, 16.2.2012, S. 10

STAATSPERSONAL Die beiden Pensionskassen des Kantons Bern wiesen Ende 2011 eine Deckungslücke von rund drei Milliarden Franken auf. Für den Chef des Staatspersonalverbands ist klar, dass dieses Problem alles andere in den Schatten stellt.

Viel war in den letzten Monaten vom wachsenden Lohnrückstand zu hören, unter dem das Staatspersonal sowie die Lehrpersonen des Kantons Bern leiden. Das Lohnproblem stand auch gestern im Zentrum, als die vereinigten Personalverbände und Gewerkschaften vor die Medien traten, um ihre Forderungen für 2013 zugunsten des Verwaltungspersonals, der Lehrerschaft, aber auch des Spitalpersonals zu präsentieren. Die Personalvertreter verlangten einmal mehr verbindliche Regeln für einen verlässlichen und angemessenen Lohnanstieg und warnten vor Abwanderungen in andere Kantone und Personalmangel in der Schule und im Gesundheitswesen.

Umso mehr fiel auf, was der Geschäftsführer des Staatspersonalverbands, SP-Grossrat Matthias Burkhalter, gestern auch noch sagte: «Die Pensionskas-

senproblematik wird alles andere in den Schatten stellen.» Bisher bekannt ist, dass die Pensionskassen des Kantons Bern – die BPK (Verwaltungspersonal) und die BLVK (Lehrpersonen) – Ende 2011 gesamthaft eine Deckungslücke von 3 Milliarden Franken aufwiesen. Welch enorme Summe das ist, wird klar, wenn man sie der realen Verschuldung des Kantons Bern gegenüberstellt, die 5,5 Milliarden Franken (brutto) beträgt.

Lücke eigentlich noch grösser

Das Unschöne daran: In Wahrheit ist die Lücke noch grösser. Wenn die beiden Pensionskassen bei ihren Prognosen mit tieferen Zinsen operieren würden, die gemäss Fachleuten realistischer wären, würde sich die Lücke weiter vergrössern. Derzeit haben beide Kassen die entscheidende Grösse – den technischen Zins –

bei 3,5 Prozent festgelegt. Bis vor kurzem lag er bei 4 Prozent. Nun steht eine weitere Reduktion zur Debatte, wie dies viele Kassen bereits umgesetzt haben. Die Frage ist nur, ob dies im Fall der Berner Pensionskassen zurzeit politisch opportunistisch ist, da damit das Problem – die Lücke, die gedeckt werden muss – weiter wächst.

Zudem drängt die Zeit. Das revidierte Bundesgesetz zwingt den Kanton, zügig zu handeln. Bis Anfang 2014 muss er verbindlich entschieden haben, wie er seine Pensionskassen den neuen Vorschriften des Bundes anpasst. Grob gesagt gibt es zwei unangenehme Varianten: Die Kassen müssen die Lücken ganz schliessen – auf Kosten von Arbeitgeber (Steuerzahler) und Angestellten – oder aber einen Zieldeckungsgrad von mindestens 80 Prozent definieren, wobei der Kanton für den Rest eine Staatsgarantie



«Die Pensionskassen-Problematik wird alles andere in den Schatten stellen.»

Matthias Burkhalter
Staatspersonalverband

tragen müsste. Der Regierungsrat favorisiert offenbar eine Variante, die letztlich zur vollständigen Schliessung der Lücke führen soll. Er will im Sommer eine Vorlage präsentieren, wie er dieses drückendste Problem lösen will, das der Kanton Bern derzeit mit sich herumschleppt.

«Nebenkriegsschauplatz»

Obendrein muss die Vorlage auch noch aufzeigen, wie BPK und BLVK vom Leistungs- ins Beitragsprimat wechseln können. Die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rats verlangt diesen Wechsel, die Personalverbände lehnen ihn ab. Für Matthias Burkhalter handelt es sich beim Primatwechsel angesichts der anderen Probleme inzwischen fast schon um einen Nebenkriegsschauplatz, wie er sagt. Er betont zudem schon jetzt, die Pensionskassenproblematik sei mit der Lohnfrage gekoppelt. Sprich: Für die neue Kassenlösung sei eine Reallohnhöhung notwendig.

fab